

Information gemäß Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung für den Bereich Steuern, Gebühren, Beiträge / Abrechnung von Maßnahmen nach dem BauGB und KAG

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Der Magistrat der Stadt Borken (Hessen), Bürgermeister
Am Rathaus 7
34582 Borken (Hessen)
Telefon 05682 808-0
stadtverwaltung@borken-hessen.de

2. Beauftragte oder Auftraggeber für den Datenschutz:

Madeleine Reuffurth
Sicherheitstechnik Stolz GbR
Konrad-Zuse-Straße 19-21
36251 Bad Hersfeld
Telefon 06621 9680093
madeleine.reuffurth@sicherheitstechnik-stolz.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Ihre Daten werden erhoben, um Erschließungsbeiträge, Kostenerstattungsbeiträge für Ausgleichsmaßnahmen, Straßenbaubeiträge, Kanalanschlussbeiträge und Kostenersatz für Grundstücksanschlüsse zu erheben.

Wesentliche Rechtsgrundlagen: §§ 127 ff Baugesetzbuch - BauGB; §§ 135 a-c BauGB §§ 8 und 10 Kommunalabgabengesetz - KAG, jeweils in Verbindung mit den auf diesen Grundlagen beruhenden Satzungen der Stadt Borken (Hessen); § 12 Kommunalabgabengesetz in Verbindung mit der Abgabenordnung.

4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten:

Gerichte, Oberverwaltungsgerichte, mit Beratung und gerichtlicher Vertretung beauftragte Rechtsanwälte, Gutachterausschuss, öffentlich bestellte Sachverständige.

5. Dauer der Speicherung:

Ihre Daten werden nach der Erhebung für 30 Jahre bzw. so lange gespeichert, wie dies für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

6. Verpflichtung des Betroffenen zur Bereitstellung der Daten, Folgen bei Nichtbereitstellung:

§ 12 KAG in Verbindung mit § 90 Abgabenordnung Bußgelder, Verwaltungszwangsmaßnahmen nach Verwaltungsvollstreckungsgesetz

7. Datenquellen / Herkunft der Daten:

Bauämter, Geoinformationssysteme, Melderegisterauskünfte, Grundbuchauskunft
Justiz Hessen, Internet, öffentliche Medien und Publikationsorgane

8. Kategorien der personenbezogenen Daten:

Persönliche Identifikations- und Kontaktangaben, z. B. Vor- und Nachname, Adresse, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Daten im Rahmen von Eigentums- und Besitzverhältnissen, z. B. Eigentum an Grundstücken und Gewerbebetrieben, Angaben über bauliche und gewerbliche Nutzungen von Grundstücken

9. Betroffenenrechte:

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DSGVO).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO.
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DSGVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DSGVO). Nähere Informationen zum Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz können den Hinweisen auf dem Meldeschein entnommen werden.

10. Beschwerderecht:

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Postfach 3163, 65021 Wiesbaden
Telefon 0611 1408-0, Telefax 0611 1408-900
poststelle@datenschutz-hessen.de

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig
verarbeitet werden.